

2/2025

KLUB DER FREIHEITLICHEN GEMEINDERÄTE

Rathaus
Rathausplatz 1
9500 Villach
M: +43 (0)664 42 052 81
E: villach.klub@freiheitliche-ktn.at



An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

Eingelangt am: 7.3.2025

Entgegengelesen: Frederic Sordani

von: Frederic Sordani

Dringlichkeit zuerkannt: ja nein

Inhalt des Antrages:

angenommen mit Stimmen von:

abgelehnt mit Stimmen von:

Enthaltungen: Enthaltungen

Antragsnummer: 07/03.2025

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte
gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Schutz der Bevölkerung vor islamistischem Extremismus

an die österreichische Bundesregierung

Seit dem Jahr 2015 ist die Gefahr islamistischer Terroranschläge in Europa dramatisch angestiegen. Das Attentat von Villach am 15. Februar 2025 hat einmal mehr gezeigt, dass importierter islamistischer Terror eine akute Bedrohung für die Sicherheit unserer Bürger darstellt. Die bisherigen Maßnahmen haben nicht ausgereicht, um diese Gefahr einzudämmen.

Beispiele aus anderen Ländern belegen, dass die Überwachung von Messengerdiensten nicht die Lösung ist, als die sie gerne dargestellt wird. Stattdessen ist es notwendig, eine klare Linie gegen den politischen Islam zu ziehen und rigorose Maßnahmen gegen straffällige Asylwerber zu ergreifen. Falsche verstandene Toleranz und eine lasche Auseinandersetzung mit sicherheitskritischen Aspekten steigern das Risiko für unsere Gesellschaft. Um die innere Sicherheit in Österreich zu gewährleisten ist ein Maßnahmenpaket zum Schutz der Bevölkerung vor islamistischem Extremismus nötig.:

- 1. Asylstopp und ein Verbotsgesetz gegen politischen Islam:**
Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen sofortigen Stopp aller Asylanträge aus sicheren Herkunftsländern sowie ein umfassendes Verbot politischer Islambewegungen in Österreich einzuführen. Politischer Islam hat keinen Platz in unserem Land und gefährdet die Werte unserer Gesellschaft. Zudem ist die Forderung nach der Einführung der Scharia und / oder die Etablierung eines Kalifats inakzeptabel und widerspricht unseren demokratischen Grundprinzipien. Jegliche Bestrebungen, die darauf abzielen, religiöse Gesetze über die bestehenden staatlichen Gesetze zu stellen, müssen entschieden verhindert werden.

2. **Hart Durchgreifen gegen straffällige Asylwerber:**
Alle straffälligen Asylwerber sind umgehend aus Österreich auszuweisen. Wir fordern eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze, um sicherzustellen, dass kriminelle Elemente keinen Schutz in unserem Land finden.

3. **Genauere Überprüfung von Asylwerbern:**
Die Verfahren zur Überprüfung von Asylwerbern müssen erheblich verschärft werden. Eine gründliche Überprüfung der Identität, Herkunft und etwaiger Verbindungen zu extremistischen Gruppen ist unerlässlich, um die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung zu gewährleisten.

4. **Optimierung der Zusammenarbeit mit Sicherheitsdiensten anderer Länder:**
Die Bundesregierung muss die Zusammenarbeit mit internationalen Sicherheitsdiensten intensivieren, um Informationen über potenzielle Bedrohungen rechtzeitig auszutauschen. Eine enge Kooperation ist entscheidend, um terroristische Aktivitäten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die vorgeschlagenen Maßnahmen in die Tat umzusetzen und deren rasche sowie effektive Implementierung zu gewährleisten.



Handwritten signatures in blue and green ink, including names like 'Erich J.', 'A. P.', and 'Ber.', along with a large signature at the bottom.